ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Dannenberg, Henry; Ehrenfeld, Wilfried

Article

Die Vermeidung von CO2 und das EEG – eine unnötig teure Lösung – ein Kommentar

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Dannenberg, Henry; Ehrenfeld, Wilfried (2009) : Die Vermeidung von CO2 und das EEG – eine unnötig teure Lösung – ein Kommentar, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 15, Iss. 3, pp. 108-108

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143703

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Kommentar:

Die Vermeidung von CO_2 und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – eine unnötig teure Lösung

In Deutschland existiert mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein Instrument, das auch die Senkung von CO_2-Emissionen zum Zweck hat. Die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes wird in jüngster Zeit in der deutschen Medienlandschaft vehement in Zweifel gezogen.[1] Es wird bemängelt, dass die Verschmutzungsrechte, die aufgrund der mit dem EEG eingesparten CO_2-Emissionen frei werden, verkauft werden können. So würden die eingesparten Emissionen in gleicher Menge an anderer Stelle entstehen.

Der CO_2-Zertifikatehandel wurde 2005 als Instrument der europäischen Klimapolitik eingeführt. Ziel ist es, zu erreichen, dass eine von der Politik für einen bestimmten Zeitraum vorgegebene Emissionsmenge nicht überschritten wird. Der Emissionshandel wurde deshalb gewählt, da durch dieses Instrument genau dort Emissionen eingespart werden, wo die Reduktion am kosteneffizientesten ist. Durch die sukzessive Reduktion der von der Politik erlaubten CO_2-Menge soll so ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Leider trifft die Kritik am EEG nicht immer den eigentlichen Kern. Es ist wenig zielführend, darüber zu streiten, ob die durch das EEG eingesparten Zertifikate in Deutschland oder in Polen verbraucht werden – das ist ein Effekt des Emissionshandels. Relevant hingegen ist die Frage, ob es effizient ist, durch das EEG CO_2 einzusparen, oder ob dieselbe Menge CO_2 preiswerter an anderer Stelle eingespart werden kann. Mit der Einführung des CO_2-Zertifikatehandels hat die Politik aber anerkannt, dass der Markt am besten in der Lage ist, die Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren, mit denen eine gewünschte Reduktionsmenge am preiswertesten realisiert werden kann. Sobald die Politik durch Anreize diesen Allokationsmechanismus stört, mindert sie die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt.

Tatsächlich wird durch das EEG etwas Druck von den Unternehmen genommen, von sich aus ihren CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Die durch das EEG eingesparte Menge CO_2 muss an anderer Stelle nicht vermieden werden, was zu einer Verringerung des CO_2-Zertifikatepreises führen kann. Damit ist die Aussage richtig, dass das EEG den Zertifikatpreis senken kann. Im Endeffekt subventioniert der deutsche Stromkonsument also nicht nur die erneuerbaren Energien, sondern in geringem Umfang auch die gesamte CO_2-erzeugende Industrie Europas. Zu diesem Schluss kam bereits 2004 der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Die Politik sollte sich daher die Frage stellen, was mit dem EEG oder beispielsweise auch mit dem Ende 2008 von der EU beschlossenen Glühbirnenverbot bezweckt werden soll und wie diese Ziele kommuniziert werden. So ist das EEG ein mögliches Instrument zur Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung. Weiter kann es als Mittel zur Förderung der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland und dem Erhalt der damit verbundenen Arbeitsplätze dienen. Auch fördert es die politisch gewollte Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien im deutschen Strom-Mix. Für das Glühbirnenverbot ist hingegen die Senkung des EU-weiten Stromverbrauchs und damit die Vermeidung von CO_2-Emissionen die einzige Begründung.

Ohne das EEG oder das Glühbirnenverbot würde europaweit dieselbe CO_2-Reduktion erfolgen, jedoch zu geringeren Kosten. Die Politik sollte bei neuen Maßnahmen zur Minderung von CO_2-Emissionen auf solche Bereiche zielen, die nicht bereits im Zertifikathandel berücksichtigt werden. Ein Beispiel hierfür wäre etwa die Gebäudesanierung.

Henry Dannenberg (Henry.Dannenberg@iwh-halle.de)
Wilfried Ehrenfeld (Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)

[1] Zur aktuellen Diskussion siehe unter anderem http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,606532,00.html und http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=luegendetektor, Zugriff am 11.02.2009.